

Ulrich Seelbach

Notiz über Demokratisierung und Mitbestimmung bei Strauß*

Fast schon „vergessen“ sind zwei (damals zentrale) populäre Anrufungen der sozialliberalen Regierung Brandt. Das „mehr Demokratie wagen“ der Regierungserklärung griff die Forderungen der „jungen kritischen Generation“ nach Abbau der Privilegien, Abbau verkrusteter Organisation der Institutionen (Uni und Schule, Lehrlingsausbildung) auf, die Mitbestimmungsdiskussion war Kristallisationspunkt der Forderung nach mehr Transparenz und Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiter. Durch diese populären Anrufungen konnten bestimmte untergeordnete Elemente des APO-Diskurses und der sich wieder zu Wort meldenden Arbeiterbewegung (Septemberstreiks) in den sozialliberalen Diskurs der Regierung Brandt eingegliedert werden. Sehen wir zu, wie Strauß sich diesen Anrufungen gegenüber verhält. Meine These ist, daß sie mit seinem Konzept nicht artikulierbar sind. Ihre Reartikulation würde eine ungleich höhere Anstrengung der Blockierung erfordern, als Vorteile durch ihre Einbindung herausprägen.

Demokratisierung

„Die Inflation des Demokratiebegriffs verdanken wir dem gleichen Mann, der die Inflation des Geldwerts in ruinöse Bewegung gesetzt hat, Willy Brandt.“ (122). Strauß bindet *Demokratie* an den Freiheitsraum für den einzelnen Bürger, für den Staat auf der anderen Seite ist die Demokratie „Instrumentarium zum Ausgleich von Interessenkonflikten“ (146) und Mittel zur Verwirklichung christlicher Werte (147) - sie wird dem kleinen Mann zur Seite gestellt. Die Erfahrung realer Freiheitseinschränkungen des kleinen Mannes hingegen wird an „*Demokratisierung*“, als Einschränkung der Demokratie, geknüpft. Sie führe nur zur Befriedigung des Machtinteresses einer „bestimmten Gruppe“ (123). Gruppen- wie Klassenegoismus ist bei Strauß vom Interesse des kleinen Mannes abgegrenzt. Allein, diese Bestimmung ist noch zu brüchig, deshalb versucht Strauß „*Demokratisierung*“ über ihre Negativartikulation mit dem Kommunismus auszugrenzen. Er verkettet sie mit der „völlige(n) Unterwerfung der Länder Ost- und Mitteleuropas... unter die Oberherrschaft Moskaus“, dem Beiseiteräumen „aller rechtsstaatlichen Normen“ in der DDR. (129) Später wurde sie zum „Schlachtruf der APO“ - Strauß versucht eine negative Tradition des Verwendungszusammenhanges aufzubauen.

„50000 neue Mitglieder kamen allein 1969 (in die SPD). Die Aufforderung zum Marsch durch die Institutionen verhallte nicht ungehört: ‚Die APO kehrt heim‘ hatte damals Horst Ehmke selbstgefällig festgestellt!“ (136) Es ist interessant zu sehen, wie Strauß eine - seiner eigenen Anstrengung analoge - Tätigkeit der damaligen sozialliberalen Regierung beobachtet. Er erkennt den Sinn, der mit dieser populären Anrufung in Gang gesetzt wurde: Die Einbindung von oppositionellen Kräften in den herrschenden Diskurs. An dieser Stelle greift Strauß ein; das Ende der APO wird mit dem Beginn der „reaktionären Rückwärtsentwicklung der SPD zu einer marxistischen Klassenkampfpartei“ (136) gleichgesetzt. Die SPD-integrierte APO wird, als zu den Feinden der Demokratie gehörig, aus dem Volk ausgegrenzt. „Demokratisierung“ setzt Strauß – an eine Formulierung Wiczorek-Zeuls anknüpfend, die den „Radikalenerlaß“ als Abschreckungsstrategie, welche die „Demokratisierung in unserer Gesellschaft“ verhindern solle, kennzeichnet – gleich mit dem „ungehinderten Zugang kommunistischer Verfassungsfeinde in den Staatsdienst“ (139). Anonyme Mächte, „Demokratisierung“, und Politisierung werden nicht allein einer Funktionärsherrschaft zugeschrieben: „Wir wenden uns dagegen, daß der einzelne Bürger durch die ‚Demokratisierung‘ und Politisierung aller Lebensbereiche anonymen Einflüssen und Mächten ausgeliefert wird, die sich ihrerseits jeder echten Kontrolle entziehen.“ (144) – sondern die ausübenden Funktionäre, werden – über ihre kommunistische Herkunft oder Tradition – mit den Feinden der Demokratie in eins gesetzt.

Mitbestimmung

Während Strauß „Demokratisierung“ aus seinem Diskurs ausgrenzt, versucht er „Mitbestimmung“ mit seinem Konzept, wenigstens teilweise, zu kreuzen (er kämpft um sie). Hierzu muß er zwischen *Mitbestimmung* und *sozialliberaler Mitbestimmung* einen Schnitt legen. Selbstverständlich ist für ihn „ein Mitwirkungsrecht an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Mitverantwortung am Arbeitsplatz“ (201). „Mitbestimmung entspricht dem demokratischen Grundverständnis – Mitbestimmung durch Leistung, Kompetenz, Verantwortung...“ (33). Diese durch Leistung und Verantwortung artikulierte Mitbestimmung macht sie vereinbar mit Werten des kleinen Unternehmers, die zugleich Werte des fleißigen, verantwortungsbewußten Arbeiters sein können, wenn man das Konzept: „die einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft zu beseitigen“ (DGB-Erklärung vom

22.10.1969) erfolgreich ausgrenzt und den Arbeiter an die soziale Marktwirtschaft bindet. „Mitbestimmung“ der Sozialliberalen hingegen wolle von „demokratischer Direktwahl“ (192), von der Beteiligung aller (und nicht nur der gewerkschaftlich organisierten) Arbeiter nichts wissen (34), weil dies „dem Machtanspruch von Funktionären zuwiderlaufen“ würde (192). „...Gewerkschaftsfunktionäre nehmen ihm (dem mündigen Arbeitnehmer) das Denken und das Entscheiden ab.“ (34) – „Die Idee der Mitbestimmung als Mitkontrolle durch die Arbeitnehmer wird auf den Kopf gestellt: Wer ist noch in der Lage, die Kontrolleure zu kontrollieren?“ (34). Echte Mitbestimmung als *funktionsgerechte* Mitbestimmung wird mit der „Selbstverwirklichung des arbeitenden Menschen“ (192) artikuliert, sozialliberale Mitbestimmung wird als „von einer Funktionärsschicht in Gewerkschaften und SPD herbeigeredete“ ... „*funktionärgesteuerte* Mitbestimmung“ ausgegrenzt (33). Strauß versucht durch die Kreuzung von Werten des freien Wirtschaftssubjektes mit funktionsgerechter Mitbestimmung der Perspektive der populären Anrufung die Spitze zu nehmen: unter Mobilisierung der Anrufung gegen den Staat neutralisiert er die populäre Anrufung „Mitbestimmung“, grenzt sie aus dem Diskurs des kleinen Mannes aus.

Der Versuch der Ausgrenzung und Neutralisierung beider populären Anrufungen ist noch brüchig. Sicher ist dies der Grund, warum Strauß in seinen Reden vor größerem Publikum auf diese Punkte nicht zu sprechen kommt. Die schlafenden Hunde zu wecken, könnte für ihn gefährlich werden.

Literaturverzeichnis

- BK 6. 10. 79=F. J. Strauß: Mit aller Kraft für Deutschland. Rede vor dem CSU-Parteitag am 29.9.79 in München. Bayernkurier v. 6.10.79. (Auch als Broschüre, 40 S.)
- BK 24.11.79=F.J.Strauß: Das Fundament der achtziger Jahre. Rede auf dem Zukunftskongreß der CSU am 16./17.11.79 in München. Bayernkurier v. 24.11.79.
- BK 1.3.80=F.J.Strauß: Wahltag '80: Es geht um Deutschland. Die Stunde des Ernstes, die Stunde der Wahrheit und die Stunde der Ehrlichkeit ist angebrochen (Politischer Aschermittwoch in Passau). Bayernkurier v.1.3.80.
- BK 31.5.80=F.J.Strauß: Wende und Erneuerung. Rede vor dem CDU-Parteitag in Berlin. Bayernkurier v. 31.5.80.
- GdF = Franz Josef Strauß, *Gebote der Freiheit*. München: Gruenwald 1980. 319 S.
- Stierle = Stierle, Karlheinz: *Text als Handlung*, München: UTB 1975.

Weitere Reden von F.J. Strauß

Die Herausforderung des neuen Jahrzehnts. Bayernkurier v. 5.1.1980.

Wem die Stunde schlägt... Bayernkurier v.26.1.1980.

Bereit zur Verantwortung. Rede des CSU – Vorsitzenden im Bundestag vom 28. Februar 1980. Bayernkurier v.8.3.1980.

Was uns von Schmidt unterscheidet. Der Spitzenkandidat vor dem CSU – Parteiausschuß in Ingolstadt. Bayernkurier v.24.5.1980.

Wofür wir stehen und kämpfen. CSU – Parteitag. Bayernkurier v.28.6.1980.

*Alle Zitate aus GdF.

Michael Breitbach und Friedhelm Hase

Die neue Rechte im Verfassungsrecht

1) Gegenstand dieses Berichts¹⁾ sind Tendenzen, die in jüngster Zeit in verfassungsrechtlichen ebenso wie in Verfassungsfragen betreffenden politischen Diskussionen und Veröffentlichungen in der Bundesrepublik zu beobachten sind: Tendenzen, an denen sich ablesen läßt, daß der Entstehungs- und Vereinheitlichungsprozeß einer *neuen rechten* Verfassungsideologie begonnen hat – einer ideologischen Richtung, die mit ihrem „Denken vom Ernstfall her“¹ in Konkurrenz zu der autoritär-pluralistischen *Stabilitätsideologie* zu treten beginnt, die das Verfassungssystem der Bundesrepublik in den letzten beiden Jahrzehnten nahezu unangefochten beherrscht hat. Von den Entstehungsbedingungen dieser neuen Richtung kann hier nur wenig gehandelt werden. Deren Analyse hätte sich vorrangig mit der Krise des *sozialliberalen* Reform- und Integrationskonzepts und der mit diesem verbundenen staatlich-politischen Praxis zu befassen: mit einer Politik, die in zahlreiche Sackgassen geraten muß, weil sie weder bereit noch imstande war und ist, ihre – zumindest formelle – Vorherrschaft in den Staatsapparaten dazu zu nutzen, das von ihr propagierte integrativ-sozialpolitische Konzept durch entschlossene und effektive sozialstrukturelle Reformen abzustützen. Die Strauß-Kandidatur mit ihren vielfältigen politischen Implikationen, vor allem mit der durch sie markierten Umorientierung der Politik der CDU/CSU², dürfte die Entstehung der hier behandelten Tendenzen jedenfalls stark befördert haben, indem sie grundlegende strukturelle Veränderungen auch der staatlichen Praxis hat denkbar wer-